

Medienmitteilung

Thema	Umsetzung Bundesgerichtsurteil zu den Prämienverbilligungen
Für Rückfragen	Roland Fischer, Parteipräsident roland.fischer@grunliberale.ch / 079 422 76 60 Michèle Graber, Kantonsrätin und Vorsitzende der Grünliberalen Fraktion michele.graber@grunliberale.ch / 079 262 18 64
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch
Datum	31. Januar 2019

Grünliberale begrüßen den Plan des Regierungsrats, fordern aber Massnahmen bei der Finanzierung

Die Grünliberalen begrüßen es, dass der Regierungsrat den Bundesgerichtsentscheid rasch, kulant und kundenorientiert umsetzt. Dadurch können zahlreiche Familien finanziell entlastet werden. Die Mehrkosten sind jedoch vor dem Hintergrund der viel zu restriktiven Schuldenbremse nur schwer tragbar. Die Grünliberalen fordern deshalb griffige Massnahmen, um diese finanzielle Mehrbelastung zu stemmen.

Der Kanton Luzern gehört, zusammen mit seinen Gemeinden, zu den Kantonen mit den tiefsten Pro-Kopf-Ausgaben. Weitere Sparmassnahmen sind ohne substanzielle Leistungskürzungen kaum mehr möglich, und dies bei einem Eigenkapital von fast 4 Milliarden. Das Bundesgerichtsurteil ist ein weiterer Puzzlestein in der völlig missratenen Umsetzung der Steuerstrategie, für welche die rechtskonservative Regierung und ihre CVP-FDP-SVP-Parlamentsmehrheit die Verantwortung tragen. Die Grünliberalen verlangen deshalb eine sofortige Reform der Schuldenbremse mit realistischen, konjunkturverträglichen Eckwerten, damit der Kanton Luzern wieder finanziellen Handlungsspielraum erhält. Zudem verlangen die Grünliberalen vor dem Hintergrund des Klimawandels die rasche Einführung von ökologischen Lenkungsabgaben, welche an die Bevölkerung zurückgegeben werden können, z.B. auch in der Form tieferer Krankenkassenprämien oder Prämienverbilligungen. «Wir fordern endlich eine umwelt-, wirtschafts- und sozialverträgliche Finanzpolitik im Kanton Luzern» sagt dazu Parteipräsident Roland Fischer.